

BlattGRÜN

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

AUSGABE 03/16



INTEGRIERTE HANDLUNGSKONZEPTE

STANDPUNKT
CETA, TTIP
und TiSA

UMWELT
Fahrradgaragen
für Oberhausen

HAUTNAH
GRÜNE
JUGEND

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
OBERHAUSEN



GRUENE-OBERHAUSEN.DE

DIE WELT IST **KEINE WARE.**

Fairer Handel
statt Konzernjustiz

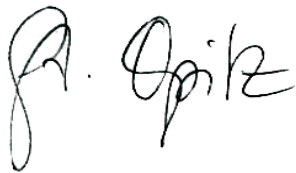


Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich besonders, dass ich Sie in der vorliegenden BlattGRÜN-Ausgabe im Namen der GRÜNEN Fraktion und des Oberhausener Kreisverbandes begrüßen darf.

Im aktuellen Heft möchten wir Sie zum dritten Mal in diesem Jahr über GRÜNE Aktivitäten und Neuigkeiten in und aus Oberhausen informieren. Die Planungsdezernentin Sabine Lauxen wird sich den Integrierten Handlungskonzepten für Sterkrade und Osterfeld widmen. Ich selber begrüße den Integrationsfortschritt, der gemacht wird, indem geflüchtete Frauen in Oberhausen eine integrationskursbegleitende Kinderbetreuung erhalten. Außerdem können Sie nicht nur die Köpfe unserer GRÜNEN Jugend kennenlernen, sondern erhalten auch einen Einblick in deren Aktionen. Zudem gibt es einen Rückblick auf eine unserer letzten Veranstaltungen. Eines liegt mir besonders am Herzen: Der Kaffee unterwegs schmeckt am besten aus einem Mehrwegbecher. Müllvermeidung leicht gemacht! Nun bleibt mir, Ihnen ‚Viel Spaß‘ beim Lesen zu wünschen.

Ihre



Steffi Opitz (Bürgermeisterin)

Foto: Armin Röpell



- 3 editorial**
- 4 aus der fraktion**
Waldteichgelände,
Kinderbetreuung für Geflüchtete
- 5 aus dem dezernat**
Integrierte Handlungskonzepte
- 6 standpunkt**
CETA, TTIP und TiSA
- 7 hautnah**
Die GRÜNE Jugend
- 8 rückspiegel**
Klimawandel lässt sich nicht
durch schöne Worte stoppen
- 9 umwelt**
Fahrradgaragen
- 10 kreisverband**
Coffee to go



Neue Chancen für das Waldteichgelände

Durch die Nachricht, dass ThyssenKrupp das Röhrenlager nicht realisiert und die Grundstücke verkauft, sieht die Fraktion neue Chancen für die Entwicklung der wichtigen Gewerbefläche auf dem Waldteichgelände. Dazu gilt es jedoch, den bestehenden und in der Vergangenheit sehr kritisch

diskutierten Bebauungsplan nun auf den Prüfstand zu stellen. „Wir würden uns wünschen, dass nunmehr eine Abkehr von großflächigen Logistikansiedlungen hin zu kleineren Gewerbeeinheiten auch planerisch festgeschrieben werden“, so Regina Wittmann, GRÜNE Fraktions- und planungspolitische Sprecherin. „Insofern sehen wir auf den ersten Blick keinen Widerspruch zu einer möglichen Erweiterung von Kodi, deren Flächenbedarf voraussichtlich weitaus kleiner sei als der Flächenbedarf für das Röhrenlager.“ Wenn das Röhrenlager nun nicht kom-

me, bestehe die Möglichkeit, Umweltbelastungen durch Verkehr und Lärm aus dem bestehenden Bebauungsplan neu zu überdenken. Insbesondere sollte der Schutzstreifen zum Biotop erweitert werden. Durch einen größeren Abstand haben Flora und Fauna eine weitaus bessere Chance, als Grünstreifenverbindung ihre wichtige Funktion im Biotopverbund wahrzunehmen. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen erscheinen diese Verbesserungen umsetzbar, ohne möglichen Investoren die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Vorstellungen zu verschließen. (rö)

Integration

Die GRÜNE Ratsfraktion setzte sich dafür ein, dass die Stadt Oberhausen für geflüchtete Frauen, die einen Integrationskurs besuchen können, eine parallele Kinderbetreuung vorhält. „Da es in Oberhausen für diesen Personenkreis keine geregelte begleitende Kinderbetreuung gibt, besteht für die Betroffenen ein weiteres Hemmnis, sich eine Basis zur gesellschaftlichen Teilhabe zu schaffen“, so Steffi Opitz, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN, über die Absicht des in der Ratssitzung im September beschlossenen Koalitionsantrags. Zudem sehen die GRÜNEN durch die seit Monaten stagnierende Zahl an Geflüchteten die Möglichkeit, dass die Stadt nun planerisch eine angrenzende Lokalität an der Volkshochschule für diese Zwecke suchen kann. Bei-

spielsweise könnte die auslaufende Sankt-Martin Grundschule geprüft werden, ob dort ein Pflegenest eingerichtet werden kann.

Die Oberhausener Sozialdezernentin, Elke Münich, berichtete in der Sitzung des Sozialausschusses im April laut Protokoll, „dass der Bau von neuen Kindertageseinrichtungen noch rund zwei Jahre bis zur Fertigstellung dauern wird. Selbst bei den bestehenden Kindertageseinrichtungen sind freie Plätze oftmals nicht in räumlicher Nähe zum Wohnort oder zum Ort des Deutschkurses. Hier wäre eine Kindertagespflege eine sinnvolle Alternative.“

Im Herbst 2014 stellte die Bundesregierung die Finanzierung der integrationskursbegleitenden Kinderbetreuung



ein. Daher fordern die GRÜNEN weiter, dass die Stadt all ihre zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegenüber Bund und Land nutzt, um auf die Notwendigkeit einer Finanzierungszusage hinzuweisen.

„Ziel ist“, erklärt Steffi Opitz, „sicherzustellen, dass Migrantinnen die Chance nutzen können, Integrationskurse zu besuchen, um sich hier möglichst schnell einzuleben“. Schließlich seien das Erlernen der Sprache und die Informationen über das Land allgemein anerkannt wichtige Beiträge zur Integration. (st)

Sterkrade bewegt sich – in Osterfeld geht es jetzt auch los!

Seit über einem Jahr gibt es in Sterkrade nun ein Citymanagement mit Büro als Anlaufstelle und einem Team, das ich vor Ort um die aktuellen und zukünftigen Fragen kümmert. Möglich wurde dies, weil wir erfolgreich Städtebaufördermittel des Landes akquirieren konnten und nun die Defizite, über die wir seit Jahren reden, wirklich anpacken können.

Ganz konkret heißt das: Wir werden die Eingänge nach Sterkrade sichtbar machen.

Wie komme ich zum Markt? Wo ist der Eingang zum Volksgarten? Solche Fragen werden wir in Zukunft nicht mehr hören. Denn die Eingänge werden baulich und gestalterisch so sichtbar sein, dass man sozusagen nach Sterkrade „hereingezogen wird“. Und dann hoffentlich auch bleibt und verweilt. Dazu werden wir die öffentlichen Räume verändern.

In Zukunft wird es viel grüner sein. Wir werden Wasser an die Oberfläche holen, und wer sich nach dem Einkaufen noch irgendwo in Ruhe hinsetzen möchte, wird Orte zum Verweilen finden. Man kann aber auch in die zahlreichen Cafés oder die guten Restaurants gehen, man kann Neues ausprobieren und einfach das neu entstandene Quartier erkunden. Beim Erkunden wird man auf den Spielplatz an der Gartenstraße stoßen, den wir zu einem Quartierplatz umgestalten werden.

Ziel ist es, dass sich Alt und Jung wieder treffen, dass sich die Generationen dort mit ihren Freizeitvorstellungen aufgehoben fühlen. Damit das gelingt, reden wir gerade mit Sterkrader*innen über die Ausgestaltung. Eine große Herausforderung wird die Frage sein, ob wir das alte GHH-Gästehaus zu einem Stadtteilzentrum umbauen werden. Dieses Haus mit unglaublich viel Geschichte wieder in die Mitte der Gesell-

schaft stellen – zwar mit einem anderen Konzept „als damals“ – aber mit der gleichen integrierenden Funktion, wäre ein Meilenstein für das Quartier.

Viel ist noch in Planung. Was sich heute aber schon deutlich bemerkbar macht, ist die Aufbruchstimmung in der Kaufmannschaft und bei den Sterkrader*innen. Die Vertreter*innen der Gesundheitsbranche sind hier ganz vorne mit dabei. Sie haben sich in zwei Arbeitskreisen organisiert und überlegen, wie man den Standort als Gesundheitsstandort profilieren kann, sowohl vom Angebot als auch vom Marketing. Ich denke, das ist genau der richtige Weg. Einerseits muss man den Menschen eine breite Palette an Angeboten bieten und sich andererseits trauen, einen inhaltlichen Schwerpunkt zu setzen. Sterkrade zum lebens- und liebenswerten Gesundheitsquartier in Oberhausen zu entwickeln – das ist mein Ziel.

Osterfeld

Das, was wir in Sterkrade schon erreicht haben, beginnt für die Osterfelder*innen gegen Ende dieses Jahres. Auch hier konnten wir Mittel des Landes nach Oberhausen holen. In der Gildenstraße wird das Stadtteilbüro gerade umgebaut; wir suchen nach einem Team, das das Citymanagement unterstützt. Zudem konnten wir

einige Studien in Auftrag geben, die es uns ermöglichen werden, ziemlich schnell sichtbare Akzente zu setzen. Dabei geht es um die Themen Verkehr, Freiraum und Grün. Ganz wichtig ist uns außerdem, dass wir uns um die Leerstände rund um den Marktplatz kümmern. Osterfeld hat den Vorteil – gegenüber Alt-Oberhausen mit der langen Marktstraße – dass es ein kompaktes Zentrum hat. Was wir erreichen müssen, ist, dass dieses Zentrum wieder deutlicher belebt wird und ein vielfältiges Angebot bietet. Wir wollen hier schaffen, was uns in Sterkrade schon gelungen ist: Derzeit eröffnen mehr Läden in Sterkrade als schließen. Damit meine ich keine 1 Euro-Shops, sondern beispielsweise eine Smoothie Bar und ein japanisches Restaurant im Center-Point.

Ein dickes Brett gilt es in Osterfeld zu bohren: die Planung und Konzeption für einen Stadtteil- oder Jugendtreff. Dass wir ihn brauchen, steht außer Frage; dass wir mit der Gesamtschule Osterfeld einen guten Anker im Quartier haben auch. Jetzt müssen alle zusammenarbeiten, um ein Konzept auf die Beine zu stellen, das Hand und Fuß hat und Osterfeld und den Geldgeber in Düsseldorf überzeugt. So wie wir in Sterkrade Schwung hereingebracht haben, werden wir das auch in Osterfeld tun!

*Sabine Lauxen,
Beigeordnete
des Dezernates
Umwelt,
Gesundheit,
ökologische Stadt-
entwicklung der Stadt
Oberhausen*



CETA, TTIP und TiSA

Ein Standpunkt von Michael Stemmer

Am 19. September 2016 hat der kleine SPD-Parteitag nach großer Werbeaktion durch den SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel grünes Licht für CETA gegeben. Diese Zustimmung stellt ein Koppelgeschäft dar, weil Gabriel TTIP als „de facto“ für erledigt erklärte. CETA ist ausverhandelt, der Text umfasst 1300 Seiten. Die umstrittenen privaten Schiedsgerichte, vor denen Unternehmen Staaten auf entgangenen Gewinn verklagen können, finden sich in CETA nicht mehr wieder. Diese Entscheidungen sollen nun sogenannte „Handelsgerichtshöfe“ treffen.

Was Sigmar Gabriel allerdings der Öffentlichkeit noch nicht erklärt hat, ist, welche Kompetenzen Handelsgerichtshöfe bekommen? Dürfen sie zum Beispiel Deutschland verbieten, aus der Atomkraft-erzeugung auszusteigen? Frankreich und Polen verpflichten, die Atomkraft lange Zeit weiterzuführen? Müssen EU-Staaten Glyphosat auf ihren Feldern ausbringen, obwohl der Verdacht der Krebserzeugung besteht? Darf ein Handelsgerichtshof europäische Staaten zum Fracking zwingen? Was ist, wenn amerikanische Unternehmen Tochterunternehmen in Kanada haben?

Die Kanadier haben sechs von acht ILO-Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation unterzeichnet; die Amerikaner bislang nur zwei davon. In Amerika ist es nicht verbriefte, dass Gewerkschaften Teil der Koalitionsfreiheit sind, weder Gewerkschaften noch Betriebsräte ihre Rechte mit gesetzlichem Schutz wahrnehmen können. Wie weit dürfen die Länder Europas ihre spezifischen Mindestlöhne erhöhen, ohne von Konzernen verklagt zu werden?

Warum stimmt die SPD-Basis einem Abkommen zu, welches ohne Abstimmung im Bundestag vorläufig, teilweise in Kraft gesetzt wird? Aber trotz dieser offenen Fragen soll CETA im Oktober unterzeichnet werden. Die GRÜNEN fordern kompromisslos eine Abstimmung über dieses Abkommen im vom Souverän gewählten Bundestag.

TTIP

Noch krasser aber verhält es sich mit TTIP. Zum EU-Vorschlag auch in diesem Abkommen Handelsgerichtshöfe festzuschreiben, antwortete die amerikanische Seite: „Nice idea“. Eine weitere Reaktion erfolgte aber nicht. Die SPD hat sich inzwischen bei TTIP um 180 Grad gedreht, während CDU und Automobillobby starrsinnig an TTIP festhalten. Ausgerechnet jene Automobillobby, die zigtausende Arbeitsplätze durch Softwaremanipulation riskiert oder bereits vernichtet hat. Soll durch TTIP legitimiert werden, dass finanzielle Schäden der Unternehmen erneut auf dem Rücken der Bürger und Steuerzahler egalisiert werden können?

Plant man etwa Staaten zu verklagen, sollten sie die Grenzwerte für CO₂-Feinstaubausstoß senken oder nur auf Einhaltung der Grenzwerte bestehen? Privatleute, kleine und mittlere Betriebe sowie der gesamte öffentliche Bereich wie Polizei, Feuerwehr, Post, und ÖPNV nutzen überwiegend Dieselantrieb. Die Geschädigten werden zunächst mit Fahrverboten bestraft, während die Täter ungeschoren davonkommen!

Selbst in Amerika ist TTIP nicht mehr unumstritten. Immer mehr tritt dort zutage, welche Auswirkungen das NAF-



TA-Abkommen zwischen Kanada, USA und Mexiko hervorbringt. Gut bezahlte Automobilarbeitsplätze in Detroit sind nach Mexiko verlagert worden. Verdiente ein US-Arbeiter dort noch 27 US-Dollar pro Stunde, erhält der mexikanische Arbeitnehmer nun für die gleiche Arbeit in seinem Land 9 Dollar - pro Tag! Clinton und Trump wollen nicht noch ein solches Abkommen.

TiSA

Ein Blick auf das dritte in Verhandlung befindliche Freihandelsabkommen beruhigt nicht. Trade in Services Agreement (TiSA) hat genau die Aspekte zum Inhalt, deren sich Sigmar Gabriel und seine SPD rühmen, TTIP nunmehr abzulehnen.

Bei TiSA geht es explizit um die Privatisierung der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge, und zwar ohne Möglichkeit einer Rekommunalisierung. Explizit also Wasser-, Ver- und Entsorgung, Müllabfuhr, Stromerzeugung, Post, Bahn und öffentlicher Nahverkehr.

TiSA hat gegenüber CETA und TTIP noch viel mehr Vertragsbeteiligte wie beispielsweise Indien.

Selbst bezeichnen sich die TiSA-Befürworter als „really good friends of services“. Was haben „wirklich gute Freunde von Dienstleistungen“ als Ziel für dieses Abkommen, außer Kostenreduzierung, Lohndumping und damit verbunden Altersarmut?

Die beharrliche Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und das Engagement von Nichtregierungsorganisationen scheint mehr als angemessen.

Die GRÜNE Jugend

Katrin Menzel, die seit zweieinhalb Jahren GRÜNES Mitglied ist, fand, dass die GRÜNE Jugend (GJ) in Oberhausen sichtbar werden müsse. Sie ist der Ansicht, dass es viele junge Menschen in unserer Stadt gibt, die sich für grüne Politik interessieren und deshalb eine Plattform benötigen.

Zunächst tat sich die 21-jährige Studentin mit dem alten GJ-Vorstand zusammen. Doch zeigte sich, dass es nicht immer einfach ist mit jungen Menschen zusammenzuarbeiten, da diese, wie durchs Studium, gerne mal wegziehen.

Dann hatte Katrin das Glück, eine Mitstreiterin, die 16-jährige Stella Schaberg kennenzulernen. Die beiden wurden gemeinsam aktiv. Sie belebten die Facebook-Seite der GJ und sprachen gezielt Leute an.

Durch diverse Aktionen, die sie seit fünf Monaten auf die Beine stellen, versprechen sie sich einen zunehmenden Bekanntheitsgrad. Beispielsweise trafen sie sich mit der GJ NRW unter dem Hashtag „Jetzt gerecht“, um am Oberhausener Hauptbahnhof mit Menschen über den öffentlichen Personennah-



v.l.n.r.: Tizia Breitrück, Stella Schaberg, Nele Walbrodt, Kim Jarosiewicz und Katrin Menzel.

verkehr zu sprechen. Weil Infostände abgrenzen, stellten sie Sonnenstühle auf und grillten auf dem Bahnhofsvorplatz. So kamen sie mit Passierenden in Kontakt. Dabei erfuhren die jungen GRÜNEN, dass insbesondere Menschen ihres Alters die nächtlichen Bus- und Bahnverbindungen als unzureichend empfinden. Ansonsten begegnete ihnen ein eher heterogenes und subjektiv gefärbtes Stimmungsbild zum ÖPNV.

„Neben der 1. Mai-Kundgebung in Oberhausen, liefen wir auch auf dem Christopher Street-Day in Köln mit“, berichtet Katrin Menzel. „Uns ist wichtig, für Vielfalt und queere Leute einzutreten.“

Ebenso wichtig bewertet sie den 1. Mai: „Jugendliche sollen sich für Arbeitnehmer*innen-rechte stark machen. Schließlich geht es hier auch um unsere Zukunft.“

Zurzeit arbeitet die GRÜNE

Jugend an einer Pfandkisten-Aktion, die sich als ziemlich arbeitsintensiv entpuppte. Die Mehrwegbehälter werden bunt bemalt, um sie dann an öffentlichen Restmüllbehältern anzubringen. „Oberhausen hat noch immer keine Möglichkeit gefunden, Menschen, die darauf angewiesen sind, im öffentlichen Raum Pfandflaschen zu sammeln, das blinde Herumstochern im Müll zu ersparen. Da um die Mülleimer beispielsweise keine Flaschenringe angebracht werden, starten wir unsere Pfandkisten-Aktion“, so Katrin Menzel. Auch mit dem Guerrilla Gardening liebäugelt die neu formierte Gruppe. „Wenn schon Bomben werfen, dann dürfen diese nur aus Samen sein, die zu schönen Blumen werden und unser Stadtbild aufwerten“, erzählt die junge Oberhausenerin über die angedachte Aktionsform.

Seit ihrem Gründungstreffen am 13. Juni 2016 ist Stella Schaberg neben Kim Jarosiewicz Sprecherin der GJ; Katrin Menzel übernahm die Kasse. Bisher sind ausschließlich Mädchen beziehungsweise junge Frauen aktiv. „Das ist schon interessant, weil es sonst meist umgekehrt läuft“, stellt Katrin fest. Dennoch gibt die Oberhausener GJ nicht auf und hält auch nach männlichen Mitstreitern Ausschau: „Vor uns muss keiner Angst haben!“ (st)



Mitglieder der Oberhausener GJ beim Christopher Street-Day in Köln.

Klimawandel lässt sich nicht durch schöne Worte stoppen

Mit „Von der RWE-Aktie zum Mieterstrom“ hat die GRÜNE Ratsfraktion einen Titel für ihre Podiumsdiskussion am 14. September gewählt, der die Komplexität des dahinterstehenden Zusammenhangs verdeutlicht. Diesen stellten die Bundestagsabgeordneten Bärbel Höhn (B'90/GRÜNE) und Klaus Mindrup (SPD) sowie Peter Loef von der BürgerEnergieGenossenschaft Ruhr-West und die Oberhausener Umweltdezernentin Sabine Lauxen dar.

Bärbel Höhn machte den Auftakt, indem sie die Notwendigkeit einer Transformation der Stromerzeugung durch den Klimawandel erklärte. Die Ergebnisse der letzten Pariser Klimakonferenz ergaben u.a. eine völkerrechtlich verbindliche Beschränkung der Erderwärmung auf „weit unter“ zwei Grad Celsius und Klimaneutralität in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts. „Der Klimawandel lässt sich nicht durch schöne Worte stoppen“, mahnte Höhn. Dies hat der Energie-Riese RWE bis heute nicht überzeugend auf seine Firmenpolitik übertragen. Dass das auch wirtschaftliche Auswirkungen hat, zeigt der Kursverfall der RWE-Aktien in den letzten Jahren. Die Stadt Oberhausen, die Aktien des Konzerns hält, kann 2016 mit keiner Dividendenauszahlung rechnen. Grund genug, um über das Abstoßen des Aktienpaketes nachzudenken. Höhns Bundestagskollege von der SPD, Klaus Mindrup, zeigte mit sei-



Auf dem Podium in der Bernaduskapelle am 14. September v.l.n.r.: Klaus Mindrup, MdB (SPD), Bärbel Höhn, MdB (B'90/GRÜNE), Peter Loef (BürgerEnergieGenossenschaft Ruhr-West), Sabine Lauxen (Umwelt-Dezernentin, Oberhausen) und Norbert Axt (Vorsitzender des Umweltausschusses, Oberhausen).

ner Einführung in das Thema „Mieterstrom“, dass dezentrale Modelle der Stromerzeugung mehr als schöne Worte sind. Der beispielsweise durch Photovoltaikanlagen auf Dachflächen oder in kleinen Blockheizkraftwerken erzeugte Strom wird an Mieter*innen in Mehrfamilienhäusern oder gewerbliche Gebäude geliefert. Mindrup wehrt sich jedoch gegen die Ungleichbehandlung durch eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Seit 2014 wird für direkt verbrauchten Mieterstrom die volle EEG-Umlage fällig, während der Eigenverbrauch bis zu einer Anlagengröße von 10 kWp komplett befreit ist. In der diesjährigen Reform des Gesetzes, so Mindrup, bietet nun ein Passus die Möglich-

keit, dass Vermieter*innen nur noch eine verringerte EEG-Umlage für Strom zahlen müssen. Damit ist es für Wohnungsbaugenossenschaften wieder lukrativ, mehr Solaranlagen zu bauen. Umweltdezernentin Sabine Lauxen wies daraufhin, dass es wichtig sei, zu wissen, welche globalen Herausforderungen bestehen, aber ebenso zu wissen, „was wir vor Ort, im Quartier tun können“. Peter Loef ist als Vertreter der BürgerEnergieGenossenschaft Ruhr-West dafür ein gelungenes Beispiel. Bürgerenergie fördere die Teilhabe, so Loef, demokratisiert Wirtschaft und Gesellschaft und orientiert sich am Gemeinwohl. Info zur BürgerEnergieGenossenschaft Ruhr-West unter www.begrw.de/ (st)



Fahrradgaragen für Oberhausen

Förderung des Radverkehrs

Zu Fuß ist der Weg zu weit; das Fahrrad dafür aus dem viel zu kleinen Fahrradkeller die enge Kellertreppe hochzuschleppen aber mühsam. Mieter*innen einer Etagenwohnung kennen das Problem, wenn eine kurze Besorgung, die Verabredung zum Kino, ein Besuch beim Arzt oder im Rathaus oder ein Kauf der berühmten Brötchen anstehen.

Die Alternative? Zu oft das Auto, dabei wohl wissend, wie viele Schadstoffe auf kurzen Strecken ausgestoßen werden. Die Parkplatzsuche am Zielort wird meist als weiteres Übel kalkuliert. Hinzu kommt das schlechte Gewissen, denn ein bisschen Bewegung tut gut – darauf weist ja auch immer wieder der Arzt hin.

Die Bedingungen zur Nutzung des Fahrrads auf kurzen Strecken sind in der Stadt noch nicht gut, aber günstiger geworden. Sicherheitsstreifen auf der Straße und Radtrassen mit wenigen Berührungspunkten zu den Hauptstraßen laden ein, das schadstofffreie Zweirad zu nutzen. Besser wäre es aber, dass das Fahrrad zudem schnell verfügbar ist, wenn Frau und Mann es brauchen. Zudem sollte es trocken, sicher vor Diebstahl und Vandalismus untergebracht sein. Nichts ist ärgerlicher, als ein demontiertes Ventil oder schlimmere Schäden bis zum Verlust.

Die Lösung: die Errichtung von Fahrradgaragen, vor allem in den eng bebauten Innenstadtbereichen. Eine durch Schlüssel oder Zugangscode gesicherte Fahrradbox oder ein Häuschen für sechs bis zehn Fahrräder, gegen eine geringe Jahresgebühr, machen das Fahrrad als Verkehrsmittel ohne Umstände verfügbar.

Doch wo sollen die Fahrradhäuschen oder Boxen aufgestellt werden? Einerseits gibt es ausreichend zu den Mietshäusern gehörende Innenhöfe, in denen die Eigentümer*innen Voraussetzungen für sichere Abstellplätze durch zugewiesene Flächen schaffen könnten. Andererseits bieten sich öffentliche Flächen an. Dort, wo wenig Platz vorhanden ist oder Zufahrten für Rettungsfahrzeuge mögliche Standorte einschränken, sollte überlegt werden, ob nicht von vorhandenen Parkplätzen eine Fläche für Fahrradhäuschen abgezweigt wird. Schließlich sind Fahrradfahrer*innen mit ihren umweltfreundlichen Fortbewegungsmitteln gegenüber dem motorisierten Individualverkehr nicht zu benachteiligen, denn Auto und Motorrad dürfen wie selbstverständlich am Straßenrand oder auf Parkplätzen abgestellt werden.

Wie finanziert sich das Ganze? Im Rahmen der Stadtentwicklungskonzepte sollten die Stadtplanungsbüros

entsprechende Standorte vorsehen und die Finanzierung – pro Häuschen um die 10.000 Euro – als Investitionsmittel vorhalten. Eingebunden werden könnte dies in die Bürger*innenbeteiligung. So können geeignete Stellen gemeinsam mit potenziellen Nutzer*innen ausgesucht werden. Über Fragebogenaktionen zur Ermittlung von Interesse und Bedarf würden die Bereiche eingegrenzt, in denen die größte Nachfrage herrscht.

Die problemlose Nutzung des Fahrrads, als schnell zur Verfügung stehendes Verkehrsmittel, wäre nicht nur ein Beitrag zum Umweltschutz, zur Energieeinsparung, Reduzierung des Verkehrslärms und gegen verstopfte Straßen, sondern ebenso ein wichtiger Schritt, um endlich mehr Gleichberechtigung unter den diversen Verkehrsteilnehmer*innen herzustellen.

Nun sagen Skeptiker: Das geht nicht! Wir GRÜNEN sagen: Das geht, und zwar nicht nur in Fahrradhochburgen wie Münster. Auch im Ruhrgebiet gibt es gute Beispiele, wie Sicherheit und Komfort für Fahrradfahrer*innen erhöht werden können.

Entsprechende Anträge werden die GRÜNEN nicht erst bei der Erstellung eines Mobilitätskonzeptes einbringen. DIE ZUKUNFT (des Radverkehrs) IST JETZT!

Armin Röpell

Die Lage

- In Deutschland werden stündlich 320.000 Coffee to go-Becher verbraucht.
- Pro Jahr sind das fast drei Milliarden Stück Einwegbecher.
- Eine repräsentative Studie der Marktforschungsgesellschaft TNS Emnid ergab, dass allein in Berlin jeden Tag etwa 460.000 Coffee to go-Becher verbraucht werden.
- Im Schnitt trank jede*r Deutsche durchschnittlich 162 Liter Kaffee im Jahr 2014, davon etwa 5 Prozent aus Einwegbechern.
- Die Zahl der Verbraucher*innen, die besonders häufig oder gelegentlich zu Coffee to go-Bechern greift, liegt deutschlandweit inzwischen bei 70 Prozent.*

Umweltauswirkungen

- Für Herstellung der Polyethylen-Beschichtungen der Becherinnenseiten und Polystyrol-Deckel werden jährlich ca. 22.000 Tonnen Rohöl verbraucht.
- Für die Herstellung der jährlich in Deutschland verbrauchten Coffee to go-Becher entstehen CO₂-Emissionen von rund 83.000 Tonnen.
- Die Herstellung der Polystyrol-Deckel verursacht zusätzlich rund 28.000 Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr.
- Viele der weggeworfenen Coffee to go-Becher werden achtlos weggeworfen und verschmutzen Straßen, öffentliche Plätze und die Natur.*

* Quelle: http://www.duh.de/becherheld_problem.html

Coffee to go? Nicht von Pappe!

Morgens, es ist Eile angesagt. Schnell noch in die Bäckerei und schon dampft das schwarze Heiß als Muntermacher in den Händen.

Auf einen Kaffee oder Tee wollen viele unterwegs nicht mehr verzichten, daher ist das Angebot quasi überall greifbar. Das Problem ist aber: Das so erworbene Heißgetränk verursacht riesige Müllberge, die stetig wachsen (siehe linke Spalte). Die Lösung ist dabei ganz einfach: Der Einwegbecher wird durch einen eigenen, wie aus Keramik ersetzt. Unter „Coffee To Go Again“ hat die 26-jährige GRÜNE und Münchnerin, Ju-



lia Post, eine Initiative gestartet. Ein Aufkleber mit dem Logo kennzeichnet vor Ort die Cafés und Bäckereien, die mitgebrachte Becher der Gäste für den Kaffeeausschank akzeptieren und ihnen oft noch einen Rabatt geben. 230 Läden machen bereits mit. In Oberhausen ist per Ratsbeschluss die Verwaltung beauftragt worden, in Zusammenarbeit mit der WBO, eine vergleichbare Kampagne zu erarbeiten. Der GRÜNE Kreisverband hält dafür ab November das nötige „Material“ parat. Gegen eine Schutzgebühr kann in der Geschäftsstelle, Paul-Reusch-Straße 26, ein Keramikbecher erworben werden. (st)

OBERHAUSENER STADTSPAZIERGÄNGE

RHEINISCHES INDUSTRIE-MUSEUM: AUFGELODEN! UND „BRÜCKENSCHLAG“

Der GRÜNE Kreisverband Oberhausen lädt herzlich alle Mitglieder und Interessierten zum nächsten Stadtspaziergang am Freitag, **28.10.2016**, um 16 Uhr ins **LVR-Industriemuseum Zinkfabrik Altenberg** ein.

Dieser führt zunächst durch die aktuelle Elektromobilität-Ausstellung „Aufgeladen!“. Im Anschluss an diese Führung wird über den sogenannten „Brückenschlag“ und den dort angesiedelten Um- bzw. Ausbau des Industriemuseums sachkundig informiert und diskutiert. Da dieser Stadtspaziergang auf 15 Teilnehmende begrenzt ist, bitten wir um **Anmeldung** unter info@gruene-oberhausen.de oder 82 85 75-51 bis **25.10.2016**.



Wir laden herzlich alle Mitglieder und Interessierten zu den nächsten GRÜNEN **Stammtischen** ein.

Am **03.11. und 01.12.2016** treffen wir uns ab **19 Uhr** im Gdanska zum lockeren Austausch. Gesprächsstoff gibt es genug: ob TTIP, CETA und TiSA, der geplante Ausbau der Autobahn, die Zukunft unserer Innenstadt, Bürger*innenbeteiligung oder die Arbeit mit Geflüchteten vor Ort - wir sind offen für eure Themen.

Es grüßt der
GRÜNE Kreisvorstand

GRÜNER *Stammtisch*



EINLADUNG

ZUM FREIBIER*

2016:
03.11. / 01.12.

* Einfach die Einladung für ein Freibier mitbringen.

Impressum

**BlattGRÜN – Magazin
der Oberhausener GRÜNEN**
Ausgabe 03/2016

Herausgeber:
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen, Elsässer Straße 19,
46045 Oberhausen, S. 1, 3-9

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
Oberhausen, Paul-Reusch-Str. 26,
46045 Oberhausen, S. 2, 10-12

V.i.S.d.P.:
Stefanie Schadt (st)

Redaktion:
Michael Stemmer (ms),
Armin Röpell (rö)

Kontakt Redaktion:
E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen
Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen
Tel.: 0208.82 02 96
Fax: 0208.82 02 9-80

Druck:
45.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert

Print  kompensiert
Id-Nr. 1659003
www.bvdm-online.de



Ich möchte Mitglied werden.



Ich möchte unverbindliche Infos erhalten.

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

Plz/Ort

E-Mail

Einfach ausschneiden und an
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Paul-Reusch-Straße 26, 46045 Oberhausen
oder eine E-Mail an vorstand@gruene-oberhausen.de senden



GRÜNES FRÜHSTÜCK

**kennen-
lernen**

**essen
&
trinken**

**mitein-
ander
reden**

**wieder-
sehen**

**WANN: 19. November 2016
10-12 Uhr**

**WO: Freiraum
Paul-Reusch-Str. 26**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

OBERHAUSEN

